



18.065

**Agglomerationsverkehr.
Verpflichtungskredite
für die Beiträge ab 2019**

**Trafic d'agglomération.
Crédits d'engagement à partir de 2019**

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 11.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 24.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

**Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2019 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr
Arrêté fédéral sur les crédits d'engagement alloués à partir de 2019 pour les contributions aux mesures prises**

AB 2019 S 619 / BO 2019 E 619

dans le cadre du programme en faveur du trafic d'agglomération

Art. 1, Anhang

Antrag der Kommission

Festhalten

Antrag Hösli

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1, annexe

Proposition de la commission

Maintenir

Proposition Hösli

Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Wir haben bei diesem Geschäft noch eine Differenz, die hohe Wellen geworfen hat. Es ist ein Projekt, das nicht auf dem ordentlichen Weg in den Entwurf des Bundesrates aufgenommen worden ist, sondern gestützt auf einen Antrag, der in der KVF des Nationalrates gestellt worden ist.

Wir haben beim letzten Durchgang hier im Rat gesagt, dass wir uns in der Kommission noch einmal mit diesem Projekt befassen würden, und zwar nicht einfach aufgrund der Akten, die wir bereits hatten. Wir haben uns vielmehr noch einmal von der Verwaltung dokumentieren lassen und eine spezielle Aktennotiz zum Agglomerationsprogramm Burgdorf erhalten. Wir haben dann dieses Projekt aufgrund der Aktennotiz am 2. Juli 2019 behandelt. Es ist klar – das wissen Sie –, dass dort etwas gehen soll. Ein grosser Teil des Projektes ist ja bereits bewilligt worden, auch von uns. Die Frage ist nun, wie man weitergehen soll.



Es gibt viele Agglomerationen, die auch verschiedene Projekte eingebracht haben, und viele sind auch nicht einfach tel quel bereits beschlossen worden. Es ist vielmehr so, dass viele Projekte, die rechtzeitig eingereicht wurden, dann hinausgeschoben worden sind. Auch hier ist es so, dass man eigentlich davon ausgeht, dass die Umfahrung von Oberburg auch etappiert werden und etappiert zur Ausführung gelangen soll. Offensichtlich ist es so. Kollege Hösli, der einen Einzelantrag eingereicht hat, hat mir gestern gesagt, er sei in Burgdorf gewesen – ich war nicht dort – und das stimme nicht. Aber nach den Informationen, die wir haben, hat auch der Kanton hier eine Etappierung vorgesehen.

Dass nicht alle eingereichten Projekte tel quel übernommen werden, ist überhaupt nichts Aussergewöhnliches. Dafür gibt es aus verschiedenen Kantonen Beispiele, etwa im Kanton Schwyz die Muotabrücke oder Netzergänzungen in St. Gallen, Wil, und in Basel, die eben noch ausgesetzt worden sind.

Mit den Agglomerationsprogrammen ist es nicht so wie beim Ausbauschnitt bei der Bahn, wo es lange geht, bis die nächste Tranche kommt, sondern die nächste Runde der Agglomerationsprogramme wird ja schon in etwa vier Jahren wieder vorliegen, und dann kann man zweifellos wieder darüber reden.

Der Bundesrat und die Verwaltung sind wirklich davon überzeugt und haben uns auch in der Kommission überzeugt, jedenfalls die Mehrheit, dass der Teil der Umfahrung Oberburg verbesserungsfähig ist. Ich denke, dass es sicher richtig ist, dass man das genauer anschaut, denn es geht hier doch immerhin um eine rechte Summe Geld. Ich habe nichts gegen die Agglomeration Burgdorf, aber es gibt in der Schweiz vielleicht noch bedeutendere Agglomerationen als Burgdorf, wo doch relativ wenige Gemeinden tangiert sind.

Ich bitte Sie also, hier der Kommission zu folgen, die mit 6 zu 3 Stimmen beschlossen hat, festzuhalten.

Hösli Werner (V, GL): Ich beginne mit einer kurzen Erklärung für diesen Einzelantrag. Bei der Differenzbereinigung der KVF-SR war ich infolge einer anderweitigen Kommissionssitzung nicht anwesend. Das Agglomerationsprojekt Burgdorf-Oberburg-Hasle hatte aber schon bei der ersten Behandlung in diesem Rat relativ hohe Wellen geworfen, da bezüglich der Informationen seitens Verwaltung gewisse Zweifel angebracht wurden. Für solche Situationen habe ich in meiner politischen Tätigkeit etwas gelernt: Stiefel anziehen und raus aufs Feld – übrigens etwas, was eine parlamentarische Verkehrskommission vielleicht generell ab und zu tun sollte, wenn sie unterschiedliche Beurteilungen von Bund und Kanton nicht ausschliesslich aufgrund von Powerpoint-Präsentationen der Verwaltung diskutieren möchte.

Ein Augenschein vor Ort öffnet in gewissen Fällen wirklich die Augen. So habe ich zwei Tage meiner Sommerferien dazu genutzt, dem Emmental einen Besuch abzustatten, die Verkehrssituation vor Ort kennenzulernen und mir das Gesamtprojekt von Beteiligten und Betroffenen erklären zu lassen. Meine Erkenntnisse sind die folgenden: Das heute zur Diskussion stehende Projekt ist seit rund fünfzig Jahren in Bearbeitung und hat eine Vielzahl von Veränderungen und Anpassungen erfahren; der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seinem Schreiben darauf hingewiesen. Was heute als Gesamtprojekt vorliegt, ist die absolute Minimalvariante, wenn man eine Entlastungswirkung erreichen will. Nicht umsonst stehen alle politisch relevanten Kräfte, die Bevölkerung und der Kanton hinter diesem Projekt und wollen es nun dringend angehen.

Die Frau Bundesrätin hat an der letzten Debatte gesagt, dass ihre Fachleute zum Schluss gekommen seien, dass eine Etappierung nicht nur möglich sei, sondern auch Sinn mache. Liebe Frau Bundesrätin, für mich haben Sie bei "Sinn" die Vorsilbe "Un-" vergessen. Denn eines ist bei einer praktischen und objektiven Beurteilung klar: Eine Zerstückelung, wie sie jetzt vom Bund vorgesehen wird, ist wirklich falsch. Die Umfahrung Oberburg ist das Kernelement des gesamten Projektes und weist denselben Reifegrad aus wie die unbestrittene Sanierung der Ortsdurchfahrt von Burgdorf. Die Umfahrung Oberburg ist aber zusammen mit ein, zwei weichen Massnahmen in Burgdorf selber unbedingt an den Beginn der Realisierung zu setzen; so sieht es nämlich die Bauplanung des Kantons auch vor. Ansonsten erlangen all die Massnahmen in Burgdorf selber gar keine Wirkung. Das Problem würde nur ein paar Hundert Meter verschoben, aber dort dann noch vergrössert und akzentuiert – und das Chaos wäre dann perfekt.

Ich habe keine engere Bindung zu Bern, ausser zum Bundeshaus und zur Röstli. Diese ist nicht zu verwechseln mit dem Röstli. (*Heiterkeit*) Aber wer sich vor Ort das Agglomerationsprojekt Burgdorf-Oberburg-Hasle – auch "Emmentalwärts" genannt – erklären lässt, kommt bei einer sachlichen Beurteilung unweigerlich zum Schluss, dass eine Aufteilung, wie sie jetzt vorgesehen ist, der völlig falsche Ansatz ist; wenn schon, wäre umgekehrt noch viel besser. Prüfberichte über Optimierungsmöglichkeiten sind wohl eher Verzögerungstaktik als ernsthafte Ansätze, wenn man die Sache wirklich angehen will.

In diesem Sinne bitte ich Sie wirklich aus tiefem Herzen, hier der grossen Mehrheit des Nationalrates zu folgen und das zwischen den Verkehrsträgern bestens abgestimmte Projekt als Ganzes in den Bundesbeschluss der Verpflichtungskredite ab 2019 aufzunehmen. Sie verleihen damit einer Landregion eine wirklich notwendige Perspektive. Und ganz wichtig: Sie begehen zudem nicht den schweren Fehler, etwas zu zerstückeln, das



schlicht und einfach zusammengehört.

Wicki Hans (RL, NW): Das Hin und Her um die Umfahrung Oberburg hat sich jetzt langsam zu einem Trauerspiel entwickelt, vor allem für die ortsansässige Bevölkerung. Dass das Gebiet Burgdorf dringend eine Lösung braucht, ist, glaube ich, unbestritten. Nicht umsonst war dieses Projekt sowohl in der ersten als auch in der zweiten und nun auch in der dritten Generation des Agglomerationsprogramms enthalten. Es wurde von der Bevölkerung und von der Regierung immer wieder beurteilt und weiterentwickelt und soll jetzt nicht gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung, wonach das Projekt immer noch nicht baureif sei, doch sehr speziell. Es wurde, wie schon gesagt, weiterentwickelt, wie wir auch in der Kommission gehört haben. So ist es meines Erachtens unwahrscheinlich, dass angesichts dieser langen, langen Vorarbeiten noch weitere Optimierungen gemacht werden können. Die Bevölkerung, die Gemeinden und die Regierung haben

AB 2019 S 620 / BO 2019 E 620

sich gefunden; ein Projekt, das vielleicht da und dort auch individuelle Bedürfnisse innehat – das kann ja durchaus sein, aber so ist es halt nun einmal in der Schweiz –, ist entstanden.

Ich bin zudem immer noch sehr überrascht, dass die Ortsdurchfahrt nun lange vor der Umfahrung gebaut werden soll. Für mich wirft das einige Fragen auf, denn erfahrungsgemäss sind mit der Anpassung solcher Ortsdurchfahrten zusätzliche Massnahmen verbunden, welche für die Anwohner Vorteile bringen, aber auf den Autoverkehr hemmend wirken. Dies ergibt nur dann einen Sinn – und jetzt sind wir vielleicht bei Kollege Hösli; dazu muss ich nicht die Stiefel anziehen, das ersehe ich schon aus dem Papier –, wenn eine vernünftige Etappierung gemacht wird. Die Etappierung kann in diesem Fall nur heissen: zuerst die Umfahrung machen und dann die Ortsdurchfahrt sanieren. Denn wenn Sie das umgekehrt machen, haben Sie einfach für die ganze Bauphase der dann geplanten Umfahrung einen Megastau vor dem Eingangstor in eine ganze Region. Aus diesem Grund bitte ich Sie dringend, dem Antrag Hösli zuzustimmen und das Projekt ins Agglomerationsprogramm aufzunehmen.

Luginbühl Werner (BD, BE): Kollege Hösli hat die Situation sehr gut dargestellt, da gibt es nur noch ganz wenig anzufügen. Ich möchte aus dem Brief des Regierungsrates des Kantons Bern, den Sie erhalten haben, zitieren. Die Umfahrung Oberburg ist Teil einer umfassenden Verkehrssanierung für die Erschliessung des gesamten Emmentals. Das Vorhaben ist ein typisches Agglomerationsverkehrsprojekt. Das verkehrsübergreifende Projekt löst die Probleme des öffentlichen Verkehrs, des privaten Verkehrs, aber insbesondere auch des Langsamverkehrs und ist auf die Siedlungsentwicklung abgestimmt. Das Vorhaben ist im kantonalen Richtplan verankert, welcher vom Bundesrat im Jahr 2016 genehmigt worden ist.

In der Planung – und das ist wichtig zu wissen – wurde eine Vielzahl von Varianten eingehend geprüft. Dazu zählt auch die Sanierung der heutigen Ortsdurchfahrt ohne Umfahrung und eine kostengünstige Umfahrung ohne Tunnel. Die letztgenannte Variante erwies sich leider als nicht machbar wegen der engen Topografie entlang der Emme und den geschützten Auenlandschaften. Das nun vorliegende Projekt einer Umfahrung hat in einer Gesamtbetrachtung und -bewertung deutlich besser abgeschnitten als alle anderen Varianten. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist nachgewiesen.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass dieses Projekt ein schlechtes Kostenverhältnis in Bezug auf die Anzahl Köpfe enthalte. Das ist in einer Kleinstagglomeration natürlich fast zwangsläufig so. Wenn man das auf die Anzahl Köpfe der Bevölkerung in der Agglomeration umrechnet – wie soll eine Kleinstagglomeration hier auf eine günstige Zahl kommen? Hier handelt es sich um eine Agglomeration mit rund 30 000 Einwohnern. Erschlossen wird aber das Emmental mit 120 000 Einwohnern. Das spielt in der Bewertung offenbar überhaupt keine Rolle. Es wird auch nicht berücksichtigt, dass bis zu 20 000 Autos täglich durch Oberburg fahren.

Das Projekt wurde im Rahmen des Agglomerationsprogrammes Burgdorf in dem vom Bund geforderten Reifegrad am 21. August 2015 beim Bund eingereicht. Das ist etwas mehr als vier Jahre her. Die Gesamtlösung wurde in den letzten Jahren zu einem detaillierten Bauprojekt weiterentwickelt und ist nun baureif. Die Umfahrung geniesst in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Bei der Mitwirkung hat sich die überwiegende Mehrheit für das Projekt ausgesprochen. Der Grosse Rat hat den Projektierungskredit zusammen mit dem Projektierungskredit für die Erschliessung Ob- und Nidwalden gesprochen. Gegen die Erschliessung Ob- und Nidwalden wurde das Referendum ergriffen, und es fand eine Volksabstimmung statt. Hingegen wurde das Referendum gegen die Erschliessung des Emmentals nicht ergriffen.

Der bernische Grosse Rat hat im Investitionsspitzenfonds rund 290 Millionen Franken für die Sanierung der Zubringer Emmental und Ob- und Nidwalden reserviert. Damit ist eigentlich nur noch der Bundesbeitrag offen – aber



dieses Projekt kann nur mit dem Bundesbeitrag realisiert werden. Wie bereits erwähnt, wird seit fünfzig Jahren geplant. Oberburg und das ganze Emmental warten seit Langem sehnsüchtig auf dieses Projekt. Es fehlt nur noch die Bundesunterstützung.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag Hösli zuzustimmen und damit die letzte Differenz zum Nationalrat zu beseitigen.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Mir wäre es auch recht, wenn man diese Agglomerationsprogramme jetzt dann bald verabschieden könnte. Es warten nämlich ganz viele Regionen darauf, dass sie beginnen können. Dass bei einer solchen Generation von Agglomerationsprogrammen dann nicht alle verabschiedet, sondern manche noch zurückgestellt, noch einmal überprüft oder noch einmal diskutiert werden, ist nichts Aussergewöhnliches. Der Kommissionssprecher hat es gesagt. Da könnte jetzt der Kanton Schwyz auch kommen und sagen: "Wir hätten diese Muotabrücke gerne sofort gehabt, wir sind auch überzeugt, dass das Projekt jetzt für uns reif ist." Basel hätte kommen können, St. Gallen und Genf, und alle könnten sagen: "Wir wollen das jetzt."

Ich glaube, wir haben eigentlich gute Erfahrungen damit gemacht, dass man in solchen Situationen die Dinge noch einmal anschaut. Ich glaube, die Fachleute zeigen ja auch auf, woran man noch arbeiten kann. Dann hat man jeweils eine gute Lösung gefunden. Jetzt haben wir hier diese Situation in Burgdorf-Oberburg. Da möchte ich schon auch betonen, was der Kommissionssprecher und damit Ihre Kommissionsmehrheit zum Ausdruck gebracht hat: Es braucht für Burgdorf-Oberburg eine umfassende Verkehrssanierung. Das ist absolut unbestritten. Niemand stellt das infrage. Es ist klar, dass es hier eine Lösung braucht.

Es geht nicht darum, was Ihre Kommissionsmehrheit entschieden und auch der Bundesrat Ihnen empfohlen hat, dass man hier irgendetwas zerstückelt oder aufsplittet und verunmöglicht, sondern es geht einzig darum, dass man einen Teil dieses Projektes noch einmal anschaut. Es geht immerhin um 200 Millionen Franken. Jetzt können Sie sagen: Was sind schon 200 Millionen Franken? Aber da muss ich jetzt eben die anderen Regionen wieder ein bisschen in Schutz nehmen. Man kann nicht überall sagen: "Ja komm, ist doch gleich, wir geben ein bisschen mehr!" Ich bin für die Gleichbehandlung der verschiedenen Regionen und Agglomerationen zuständig. Ich glaube, dass wir gut daran tun, uns an dieser Leitlinie zu orientieren.

Worum geht es hier? Es geht hier darum, dass die Ortsdurchfahrt Burgdorf bereit ist. Man kann sie verabschieden. Ich mache es nicht gerne, Herr Wicki, aber ich muss Ihnen wirklich widersprechen: Auch der Kanton Bern hat nie vorgesehen, dass man zuerst in Oberburg baut und nachher in Burgdorf. Wenn Sie den Fahrplan des Kantons anschauen, dann ist ganz klar: Jetzt wird zuerst die Ortsdurchfahrt Burgdorf gemacht. Das ist so im Plan, im Ablauf vorgesehen, auch so abgemacht. Jetzt machen sie zuerst Burgdorf. Auch wenn Sie sich jetzt heute für Oberburg entscheiden – und mir ist es jetzt dann langsam auch egal –, wird dort vor Ende 2022, Anfang 2023 gar nicht gebaut.

Wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie, wenn Sie Oberburg heute nicht zustimmen, ein Projekt blockieren, das morgen in den Bau ginge, dann ist das einfach falsch. Gemäss Fahrplan des Kantons Bern wird in Oberburg sowieso erst Ende 2022, Anfang 2023 gebaut. Das gäbe Ihnen die Möglichkeit, und damit würden Sie hier auch nichts blockieren und verhindern und zerstückeln, zu sagen: "Jetzt schauen wir dieses Oberburg nochmals an; es kommt mit dem nächsten Agglomerationsprogramm, dann können wir das entscheiden." Das haben viele andere auch so gemacht. Wenn Sie der Meinung sind, Sie möchten das jetzt heute so verabschieden, dann ist das Einzige, was mich daran stört, die Ungleichbehandlung anderer Agglomerationen, die man jetzt auch zurückgestellt und gesagt hat, man schaue das noch einmal an; diese haben sich bereiterklärt, offen gezeigt, und hier würde man jetzt einen anderen Massstab anlegen. Aber das gibt es manchmal im Leben.

Ich bin der Meinung, dass Sie mit gutem Gewissen und ohne dass Sie jetzt irgendetwas verhindern, den Bundesrat und Ihre Kommissionsmehrheit unterstützen und gleichzeitig das Commitment abgeben können, wie ich das jetzt auch noch

AB 2019 S 621 / BO 2019 E 621

einmal öffentlich tue: Auch der Bundesrat ist der Meinung, es brauche in Oberburg Massnahmen. Diese können gebaut werden, und wir können dann bereit sein mit diesen Massnahmen, wenn die zweite Etappe kommt, die ohnehin vorgesehen ist.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 25 Stimmen

Für den Antrag Hösli ... 15 Stimmen

(1 Enthaltung)